



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für Geflüchtete eröffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Geflüchtete, die in systemrelevanten Branchen und Bereichen zum Einsatz kommen, nicht nur kurzfristig eine Beschäftigungserlaubnis zu erteilen, sondern längerfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Begründung:

Solange in systemrelevante Branchen und Bereiche (hierzu zählen auch Erntehelferinnen und -helfer) aus Gesundheitsschutzgründen Personen nicht einreisen können, brauchen wir dringend eine Anwerbeoffensive. Die Arbeitsagenturen sind gefragt, die Arbeitssuchenden mit den Betrieben, bei denen Not am Mann ist, zusammen zu bringen. Es sollen alle mit anpacken können, die anpacken möchten. Das können auch Geflüchtete sein, denen aufgrund bestehender Beschränkungen bisher der Zugang auf den Arbeitsmarkt verwehrt wurde. Wenn z. B. Landwirte und adäquate Unterkünfte jetzt bereitstehen und ein fairer Lohn gezahlt wird, darf das nicht an einer fehlenden Arbeitserlaubnis scheitern. Der Gesundheitsschutz aller Beteiligten muss aber immer oberste Priorität haben. Und es muss eine klare Perspektive für diejenigen geben, die jetzt einspringen. Die Geflüchteten und die Betriebe brauchen auch nach der Corona-Krise eine Perspektive. Daher dürfen die Maßnahmen nicht nur saisonal gedacht sein und die Geflüchteten dürfen nicht in Arbeitsverbote reinrutschen, sobald kein Bedarf mehr da ist.